

Einige Dokumente des Widerstandes in der SPD gegen die Große Koalition

(zusammengestellt von Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Auch nach der Bekanntgabe des Koalitionsvertrags haben sich viele SPD-Mitglieder und – Gliederungen mit Stellungnahmen und Beschlüssen zu Wort gemeldet, in denen sie sich weiterhin gegen den Gang der SPD in eine Große Koalition aussprechen.

Während der gesamten Zeit der Verhandlungen wurden die SPD-Mitglieder regelmäßig per Mail von Sigmar Gabriel und Andrea Nahles über die Arbeit des Parteivorstandes informiert. Gegenteilige Meinungen und Beschlüsse gegen eine große Koalition waren weder auf der SPD-Homepage noch in den zahlreichen Rundmails des Parteivorstandes zu finden.

Mit dem neuen „Vorwärts“ legt der Parteivorstand nun jedem Mitglied den vollständigen Koalitionsvertrag vor. In seinen einleitenden Worten an die „lieben Genossinnen, liebe Genossen“ wirbt Sigmar Gabriel bei den Mitgliedern für das „JA“ zum Koalitionsvertrag: „Die SPD kann stolz und mit Selbstbewusstsein in eine Regierung eintreten, wenn Ihr dem Koalitionsvertrag zustimmt...“

Ein weiteres Zeugnis dafür, wie er es mit der freien und demokratischen innerparteilichen Meinungs- und Willensbildung hält, hat der Parteivorstand jetzt mit der Verschickung der Abstimmungsunterlagen geliefert. In einem beiliegenden Brief, unterzeichnet von allen SPD-Ministerpräsidenten und allen SPD-Mitgliedern der Koalitions-Verhandlungsgruppe, wird jedes Mitglied persönlich aufgefordert: "Sag Ja beim Mitgliedervotum". Bei jeder Volksabstimmung muss bei den Abstimmungsunterlagen das pro und contra zu Wort kommen!

Das Contra, z.B. Beschlüsse von SPD-Gliederungen zu dem Vertrag, die von Genossinnen und Genossen z.T. mit großer Gewissenhaftigkeit erarbeitet wurden, finden dagegen in diesem Brief wie auch im Vorwärts keinen Platz. Viele Beiträge von GenossInnen sind geprägt von der Sorge um die Glaubwürdigkeit und die Zukunft der SPD.

Mit diesem Faltblatt wollen wir nach unseren Möglichkeiten die Verantwortung wahrnehmen und anlässlich der Mitgliederforen den kritischen Stimmen und Begründungen vor allem von GenossInnen und Gliederungen der Berliner SPD, die für eine Ablehnung des Koalitionsvertrages sprechen, das Wort geben. Dabei erheben wir nicht den Anspruch, die ganze Breite der Ablehnung der Großen Koalition durch die Mitglieder Mehrheit zum Ausdruck bringen zu können

Im Namen aller GenossInnen, die die Herausgabe dieser Dokumente ermöglicht haben,

Birgit Monteiro („Das WIR entscheidet!“, Mitglied im Landesvorstand der Berliner SPD, Mda)

Gotthard Krupp (Mitglied im Kreisvorstand Charlottenburg/Wilmersdorf und im AfA Landesvorstand)

Berlin, den 2. Dezember 2013

Kontaktadressen: : birgit.monteiro@spd-lichtenberg.de; GotthardKrupp@t-online.de

Weitere Texte unter: <http://wir-spd.de/>; bei Facebook: Das Wir entscheidet“

* * * * *

Der Koalitionsvertrag bestätigt:

**„Mit der Großen Koalition und Merkel kann es keinen Politikwechsel geben.“
Deshalb lehnen wir den Koalitionsvertrag ab.**

Die Kaputtsparpolitik gegen die öffentliche und soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge der Länder und Kommunen geht weiter.

Im Koalitionsvertrag wird ausdrücklich die verschärfte Einhaltung der Schuldenbremse festgeschrieben.

Die Einnahmen und Ausgaben des Bundes sollen so gestaltet werden, dass der Bund ab dem Jahr 2014 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt und beginnend mit dem Jahr 2015 einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung aufstellt. Der sich daraus ergebende „Finanzierungsvorbehalt“ bedeutet in der Konsequenz die Fortsetzung der Politik der Privatisierungen*), des Kaputtsparens der Städte und Gemeinden, der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur, von Krankenhäusern, Nahverkehr, Schulen und Universitäten, während die Milliarden an Banken und Spekulanten im Namen der Euro-Rettungspolitik

garantiert werden, wofür den Arbeitnehmern und Völkern Europas die zerstörerische Agenda-Politik verordnet wird.

Zu Recht kritisiert der DGB, dass die Koalition in der Haushalts- und Finanzpolitik, die Chance zu einen finanzpolitischen Kurswechsel verpasst hat, in dem sie sich zur Konsolidierung und Schuldenbremse bekennt anstatt mit Steuererhöhungen für Reiche und Vermögende für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen und die Einnahmeseite nachhaltig zu verbessern.

(Forts. S.2)

*) Im Koalitionsvertrag ist ausdrücklich die Stärkung von PPP festgeschrieben.

SPD-MITGLIEDERVOTUM 2013



VERBINDLICHES MITGLIEDERVOTUM

Soll die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) den mit der Christlich Demokratischen Union (CDU) und der Christlich-Sozialen Union (CSU) ausgehandelten Koalitionsvertrag vom November 2013 abschließen?



JA



NEIN

Bitte nur eine Stimme abgeben.

Ungültig sind Stimmzettel, die den Willen nicht zweifelsfrei erkennen lassen.

Wir sagen „Nein“ zu einem staatlich verordneten Mindest-Arbeitslohn Wir sagen „Nein“ zur Fortsetzung von Lohndrückerei, Tariffucht und Prekarisierung

Im Koalitionsvertrag heißt es: „Zum 1. Januar 2015 wird ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Zeitstunde für das ganze Bundesgebiet gesetzlich eingeführt. Von dieser Regelung unberührt bleiben nur Mindestlöhne nach dem AEntG.“

Ausgenommen sind bis 2017, zum Ende der Legislaturperiode, Branchen mit gültigen Tarifverträgen. Aktuell sehen allein 41 Tarifverträge Löhne unter 8,50 Euro vor, u.a. für Jobs im Bäckerhandwerk, Binnenschifffahrt, Gaststätten, Hotels, Landwirtschaft, Systemgastronomie, Wach-/Sicherheitsgewerbe.

Betroffen von den Ausnahmen sind besonders die Arbeitnehmer im Osten Deutschlands.

D.h. die Spaltung Ost / West wird 25 Jahre nach der Einheit für weitere Jahre festgeschrieben.

Dazu Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer beim Paritätischen Wohlfahrtsverband: In der Koalitionsvereinbarung steht, „was den angeblich lückenlosen Mindestlohn von 8,50 Euro angeht: »Wir werden das Gesetz im Dialog mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern aller Branchen, in denen der Mindestlohn wirksam wird, erarbeiten und mögliche Probleme, z.B. bei der Saisonarbeit, bei der Umsetzung berücksichtigen.«

Im Klartext und ganz praktisch: Die Verhandlungen darüber, welche Ausnahmen vom Mindestlohn gemacht werden, weil seitens der Arbeitgeber und der CDU Probleme geltend gemacht werden, werden nach der Regierungsbildung erst losge-

hen ... dann jedoch ist die SPD bereits unumkehrbar im Boot ...“

Darüber hinaus ist nicht zu akzeptieren, dass dieser schon heutige Arbeitslohn von 8,50 € bis 2018 eingefroren bleiben soll, was zu Recht auch vom DGB kritisiert wird.

Die Arbeitgeber fordern schon jetzt „Kompensationen“ für die steigenden Lohnkosten durch den Mindestlohn und für die vom DGB als völlig unzureichend kritisierten Regulierungen (zu Leiharbeit und Werkverträgen).

Wir sagen „Nein“ dazu, dass die „Korrekturen“ zu einem „Förderprogramm“ (DIW) werden - für alle Art Flucht aus den Flächentarifverträgen in Sparten und Billigtarife, für die Ausweitung von Billiglöhnen, Teilzeit- und Minijobs: für die Ausweitung des Millionensektors atypischer Beschäftigung.

Wir sagen „Nein“ zu einer „Kommission“ von Arbeitgebern und Gewerkschaften (und von ihnen benannten „Wissenschaftlern“), unter alternierendem Vorsitz, die später die Anpassungen des Mindestlohns entscheiden. Das hebt freie Tarifverhandlungen aus, in denen die Gewerkschaften, gestützt auf ihre Arbeitskämpfrechte, demokratisch und auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern verhandeln. Nur dann kann eine regelmäßige Lohnanpassung sich an der Entwicklung der Branchentariflöhne orientieren, die von den Gewerkschaften in freien Tarifverhandlungen erkämpft wurden.

Wir sagen „Nein“ zur Fortsetzung der Förderung der Zwei-Klassen-Medizin

Die Wiederherstellung der paritätisch finanzierten und solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung und die Aufhebung der einseitigen Belastungssteigerung für die Arbeitnehmer-Beitragszahler, gehörte zu den zentralen Forderungen des Politikwechsels, für den wir als Vertreter der Arbeitnehmer interes-

sen in der SPD seit langem streiten. Dass diesem Ziel mit dem Koalitionsvertrag eine Absage erteilt wird, können die Arbeitnehmer nicht hinnehmen. Zu Recht fordert auch der DGB die Wiederherstellung der paritätischen Beitragsfinanzierung.

Die Altersarmut wird sich ausweiten

Nur ein sehr kleiner Teil der ArbeitnehmerInnen wird davon profitieren können, nach 45 Beitragsjahren(!) abschlagfrei zunächst mit 63 Jahren – und später erst mit 65 Jahren – in die Rente gehen zu können.

Wir teilen die Sorge des Bundesvorsitzenden der AfA Klaus Barthel: „Aber mir fehlt eine grundsätzliche Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung. Es hätte einer Großen Koali-

tion gut gestanden, dafür zu sorgen, dass das Rentenniveau nicht noch weiter sinkt.“ Tatsächlich werden die Rentenkürzungen verschärft wirken, was Millionen ArbeitnehmerInnen und besonders alle Geringverdiener mit Altersarmut bedroht.

Die Fortsetzung der Plünderung der Sozialkasse für versicherungsfremde Leistungen an Stelle von Steuerfinanzierung lehnen wir ab.

Die Forderungen der SPD nach „Korrekturen“ der Agenda werden durch die Fortsetzung der Spar- und Deregulierungspolitik im Namen von Schuldenbremse und Wettbewerbsfähigkeit zunichte gemacht und verhindert.

Für den Gang in die Große Koalition wird die SPD mit einem weiteren Niedergang einen hohen Preis bezahlen, weil sie ihre politische Identität verspielt.

28.11.2013

Unterzeichner: u.a. **Christian Hass**, Landesvorsitzender AfA Berlin; **Klaus Eisenreich**, stellv. Landesvorsitzender AfA Berlin; **Gotthard Krupp**, AfA Charlottenburg-Wilmersdorf; **Reimund Peter**, AfA Lichtenberg; **Sven Meyer**, AfA Reinickendorf; **Uwe Lutz**, AfA Steglitz-Zehlendorf; **Volker Prasuhn**, AfA Tempelhof-Schöneberg; **Axel Zutz**, AfA Friedrichshain-Kreuzberg; **Katharina Hartmann**, AfA Neukölln; **Birgit Monteiro**, SPD, Mitglied des Abgeordnetenhauses, **Jürgen Jänen**, AfA-SPD; **Carl Wafmuth**, SPD; **Bernd Kursawe**, SPD; **Eberhard Henze**, SPD; **Daniel Gruschke**, SPD; **Jörg Neumann**, SPD Berlin-Neukölln; **Uwe Hübsch**, SPD Friedrichshain-Kreuzberg; **Horst Uebelgünn**, Landesparteitagsdelegierter SPD; Kontakt: Gotthard Krupp, GotthardKrupp@t-online.de

„Damit wächst die Ungleichheit weiter!

Gerlinde Schermer, SPD Delegierte für den Berliner Landesparteitag

Die SPD Basis kann abstimmen, ob diese Koalition geschlossen werden soll. (...)

Es gibt die Führung der Partei, die uns Sozialdemokraten ein "JA" empfiehlt. Es gibt die Presse und den Rundfunk, wo die "Ja" Sager das Wort haben. Diese Position hat also viele (pro)Wahlkämpfer. Um abzuwägen, braucht man aber auch die Gesichter und die Stimmen der Gegenposition. Wo sind sie? Wer sind Sie? Haben sie jemals mehr als 3 Minuten Redezeit auf den großen Versammlungen?

Wir wollen helfen, denen eine Stimme zu geben, die nach dem Wahldesaster massenhaft Anträge gegen die Große Koalition gestellt haben und die mit dem Konvent "abserviert" wurden und deren Anträge als Verschlussache behandelt werden.

Wir (der Berliner Donnerstagskreis) geben gerne jenen Platz und Stimme, die mit guten Argumenten gegen diese Koalition sind. (...)

In einer großen Koalition hat der einzelne Abgeordnete kein Gewicht. Kritische Stimmen in der Fraktion werden ohne Bedeutung bleiben. Man möge sich kaum vorstellen, was da noch kritische Stimmen aus der Partei bedeuten?

Harry Ristock, Gründer des Donnerstagskreises warnte 1991 Berlin vor der Großen Koalition, sie würde sich wie Blei über die Stadt ergießen und lähmen. Genauso kam es, die Koalition endete unter großen Verlusten der SPD erst 2001 durch einen riesigen Bankenskandal.

Der Weg war gekennzeichnet von Privatisierung der Daseinsvorsorge, Kürzungen und Streichungen bei den Bedürftigen, öffentliche Verschuldung und gleichzeitig Zuwendung an bestimmte Klientel. Die Lasten dieser Politik trägt die Bevölkerung noch heute. Wir haben also Erfahrung mit so einer Regierung, daher kommt in Berlin auch die große Skepsis. (...)

Gestern wurden erste Details aus dem Verhandlungspaket bekannt. Hier nur eine erste Bewertung.

Es wird eine massive Ausweitung von Public-private-Partnership Verträge (PPP) für die Infrastruktur geben, weil die CDU so die Verschuldung in Schattenhaushalten verstecken kann und die Lasten über Gebühren der Bevölkerung auferlegen kann.

Die SPD hat mehrfach betont, dass PPP schädlich ist, jetzt macht sie mit. Es geht um große Summen - ja Milliarden! Die Gewinne gehen garantiert an die Privaten!

Die Überwachung aller Bürger durch ausländische Geheimdienste stört die Kanzlerin Merkel merklich nicht, die SPD macht die permanente Überwachung aber auch nicht zum Thema. Im Gegenteil, die Datenspeicherung, die die FDP Justizministerin noch verhindert hat, sie soll jetzt kommen, versteckt hinter der EU!

Die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung, eine sozialdemokratische Errungenschaft aus der Zeit von Bismarck und Lasalle, soll aufgehoben werden. Die Arbeitnehmer und Rentner sollen alle Zuwachskosten der nächsten Jahre alleine tragen.

Das ist nichts anderes als Lohn und Rentenkürzung. Wer trägt die Schuld, wenn jeder merkt was das bedeutet? Die SPD

Das Asylrecht wird verschärft. Nix mit christlicher Nächstenliebe.

Der einheitliche Mindestlohn, kommt, aber später

Die Einnahmeseite? Sie wird nicht angerührt. Nicht einmal die Beseitigung der Ungleichheit bei der Besteuerung von Kapitaleinkünften und Arbeitseinkommen war ein Thema. Damit wächst die Ungleichheit weiter.

* * * * *

Doppelte Staatsbürgerschaft? "Die SPD hat ihr Wort gebrochen"

Kenan Kolat, Berlin, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland

Kenan Kolat, ist tief enttäuscht, dass die Mehrstaatlichkeit nur bei den hier geborenen Kindern von Zuwanderern akzeptiert werden soll.

Herr Kolat, die türkische Zeitung Vatan titelte am Donnerstag „Sieg der Türken“ und meinte damit den Wegfall des Optionszwangs. Sie sehen keinen Anlass zur Freude?

Nein, überhaupt nicht. Ich verstehe nicht, was daran ein Sieg für die Türken sein soll. Wir sehen die Koalitionsvereinbarung sehr kritisch, nicht nur wir als Türkische Gemeinde, sondern auch die anderen türkischen Organisationen.

Warum sind Sie so unzufrieden mit dem Vertrag?

Erstens hat die SPD nicht ihr Versprechen eingehalten. Sie hat ihr Wort gebrochen, wonach es keinen Koalitionsvertrag ohne doppelte Staatsangehörigkeit geben wird. Zweitens lässt man ausgerechnet die Menschen aus

der ersten und zweiten Generation, die so viel zum Wohlstand Deutschlands beigetragen haben, außen vor. (...)

Sie sind SPD-Mitglied. Auf Ihr Ja zum Koalitionsvertrag scheint Gabriel nicht zählen zu können?

Die Vorstandsmitglieder in der Türkischen Gemeinde und die der Landesverbände, die in der SPD sind, haben beschlossen, mit Nein zu stimmen, um ein Zeichen zu setzen. Das ist Ausdruck unserer Enttäuschung gegenüber der SPD.

(Zit nach Berliner Zeitung, 28.11.2013)

Das Gespräch führte Mira Gajevic.

Warum sie die Große Koalition ablehnen

Aziz Bozkurt, Vorsitzender der Berliner AG Migration und Vielfalt

Ich werde gegen die Große Koalition stimmen. Es gibt viele inhaltliche Gründe, die jedes SPD-Mitglied aufzählen könnte: vom Betreuungsgeld über die fehlende Bürgerversicherung bis zur Frage der Steuergerechtigkeit.

Mir geht es aber zentral auch um die Zukunftsfähigkeit unserer Sozialdemokratie und die strategischen Aussichten. Und die sind wirklich nicht rosig.

Als stellvertretender Bundesvorsitzender der AG Migration und Vielfalt bin ich mehr als unglücklich über den Start in die

Legislaturperiode mit einer starken Glaubwürdigkeitsbeschädigung.

Zwischen der Aussage, kein Vertrag ohne die generelle Hin- nahme der Mehrstaatlichkeit, und dem Koalitionsvertrag ohne diese Aussage liegen keine zwei Wochen.

Deshalb stimme ich aus Verantwortung für einen Grundpfeiler unserer Demokratie, der Sozialdemokratie, gegen die Weiter- führung der Merkelschen Verwaltungspolitik.



Kevin Kühnert, Landesvorsitzender der Jusos Berlin

Im Rahmen der Abstimmung über den vorgelegten Koalitions- vertrag werde ich mit Nein stimmen und innerhalb der Jusos für eine entsprechende Positionierung streiten. Im Kern will ich diese Position mit drei Aspekten begründen

1. Die Steuererhöhungen, für die wir angetreten sind, waren nie nur Mittel zum Zwecke der Finanzierung politischer Vorhaben, sondern Ausdruck der Überzeugung, dass Verteilungsgerechtigkeit wieder hergestellt werden muss. Sie sind in den Ver- handlungen nun geopfert worden, was den Umverteilungsan- spruch beerdigt und gleichzeitig alle Verhandlungserfolge unter Finanzierungsvorbehalt stellt.

2. In der Europapolitik lautet die Devise "weiter so!". Austeritätspolitik bleibt der rote Faden Deutschlands in der

EU, die Richtlinien werden aus dem Kanzlerinnenamt defi- niert. Die Finanztransaktionssteuer, die nun im Vertrag steht, haben wir schon einmal für den Preis des Fiskalpaktes abkau- fen lassen - eingeführt wurde sie nie.

3. Die Staaten des Westbalkans zu sogenannten "sicheren Drittstaaten" zu erklären, in die unbürokratisch und kurzfristig Flüchtlinge wieder abgeschoben werden können, ist zynisch und inhuman. Für einzelne Gruppen, beispielsweise Roma oder Homosexuelle, ist diese Entscheidung aufgrund der Zustände vor Ort mitunter lebensgefährlich. Wo es um Leib und Leben von Menschen geht, findet der politische Kompromiss seine Grenzen.

Kurt Hemmerlein, SPD Berlin-Lichtenberg

Gedanken zum Koalitionsvertrag und der „Handschrift“ der SPD (Auszüge)

Im Zentrum des Handelns der SPD steht der Mensch, dachte ich zumindest. Viele Formulierungen, in denen die Menschen nur als Teil der Wirtschaft angesehen werden, die für das ange- strebte weitere Wirtschaftswachstum gebraucht werden und dafür auch zur Verfügung stehen sollen, lassen mich daran zweifeln. Hier einige Beispiele:

S. 65: „Die Steuerung in der Grundsicherung für Arbeits- suchende soll verstärkt auf das Ziel „Vermeidung von Langzeit- leistungsbezug“ und die Mittelverteilung stärker auf Wir- kungsorientierung ausgerichtet werden. Dabei ist auch der bisherige Problemdruckindikator als Verteilungsmaßstab auf den Prüfstand zu stellen.“ (...)

Eine solide Bildung dient nicht etwa der Gesellschaft, sondern nur der Wirtschaft: S. 30 „Nicht nur in Schulen und Kitas möchten wir die IT-Fertigkeiten und den Umgang mit den Medien vermitteln. Eine starke digitale Wirtschaft braucht starke Fachkräfte, deshalb werden wir in einem kooperativen Miteinander von Bund und Ländern die Bildung und Ausbil- dung in den Bereichen IT und Technologie praxisorientiert stärken.“ (...)

An anderen Stellen wird dreist geschwindelt und eigene frühe- re und auch wissenschaftlich nachgewiesene Erkenntnisse geleugnet: z.B. heißt es auf S.7 „mit der sich nur langsam schließenden Schere der Einkommensgleichheit“. Dabei haben auch wir selbst im Wahlkampf auf die wachsende Kluft hingewiesen. Was stimmt denn nun? Ebenso gibt es Behauptungen, die zwar nicht falsch sind, aber vollkommen falsche Implika- tionen auslösen: (S. 71) „Seit Beginn des Jahres 2012 können

langjährig Beschäftigte nach 45 Beitragsjahren mit Erreichen des 65. Lebensjahres ohne die sonst fälligen Abschläge in Rente gehen.“ Das klingt wie eine Wohltat, blendet aber aus, dass vor 2012 jeder mit 65 abschlagsfrei in Rente gehen konnte! (...)

Der zentrale Punkt der Verhandlungen, der Mindestlohn ist wohl eher eine Mogelpackung. Abgesehen von dem ungewis- sen Zeithorizont werden durch die Ausnahme der vom AEntG betroffenen Branchen (weite Teile des Baugewerbes, der Be- reich der Pflege, Gebäudereiniger, Postzusteller, Wachleute) gerade die Bereiche ausgenommen, die eigentlich von dem neuen Mindestlohn am stärksten profitieren sollten. Wie man diese Regelung als Erfolg ausgeben kann, bleibt mir ein Rätsel. (...)

Wieso ein Koalitionsvertrag „sozialdemokratische Hand- schrift“ verrät, der nicht klar und deutlich auf die gesellschaft- lichen Probleme wie Armut, oft daraus resultierende Bildungs- armut eingeht und Lösungsmöglichkeiten aufzeigt (z.B. die versprochene Schaffung von Steuergerechtigkeit), weiß offen- sichtlich nur unsere Parteiführung.

Im Vorfeld des Koalitionsvertrages hatte ich starke Bedenken gegen eine große Koalition aus Gründen der Demokratie und des Parlamentarismus (die durch die ersten Handlungen gegen- über den Oppositionsparteien bestätigt werden), dachte aber, dass durch einen guten Koalitionsvertrag der Zweck die Mittel heiligen könnte. Dieser Vertrag ist allerdings zu allem anderen geeignet als dazu, die angeführten Bedenken zu zerstreuen. ...

02.12.2013

Sozialdemokraten sehen Koalitionsvertrag mit Union skeptisch

(...) Der Landesvorsitzende Jan Stöß scheut sich, den 12.000 Hauptstadt-Sozialdemokraten eine Empfehlung zu geben. Es gebe "gute Gründe" zuzustimmen, findet Stöß. Senatskanzlei-Chef Björn Böhning verweist darauf, dass "für Berlin" viel drin sei in diesem Vertrag. Mehr Geld für die Kultur und die Universitäten ebenso wie die Zusage des Bundes, die Kommunen von den Kosten für die Behindertenhilfe zu entlasten, für Berlin geht es um eine halbe Milliarde Euro pro Jahr.

Viele Punkte der SPD stehen unter Finanzierungsvorbehalt

Aber die Argumente verfangen nicht überall. Der **Abgeordnete Daniel Buchholz**, Vorsitzender der Spandauer SPD-Abteilung Haselhorst-Siemensstadt, sieht in seinem Sprengel ein gemischtes Meinungsbild. Er halte die große Koalition schlicht für zu groß, begründet Buchholz seine persönliche Abneigung eines Bündnisses mit der Union. Das sei ein "Problem für die Demokratie". Angela Merkel solle sich ernsthaft mit den Grünen unterhalten, findet der Umweltpolizist. Die Regelung zum Mindestlohn sei ihm inhaltlich "ein bisschen zu wenig", erst 2017 sollen die 8,50 Euro pro Stunde überall ge-

zahlt werden. "Da haben wir in Berlin dann schon die nächsten Wahlen gehabt", gibt Buchholz zu bedenken.

Jörg Stroedter, Kreischef in Reinickendorf, hat sich noch nicht entschieden, wie er votieren will. Inhaltlich sei er aber nicht zufrieden, sagt der Unternehmer. Im Osten ändere sich in Sachen Mindestlohn in den kommenden drei Jahren erst mal nichts, in der Gesundheitspolitik habe die SPD "nichts erreicht", das Thema Steuergerechtigkeit habe die Führung aus der Hand gegeben und bei der Bankenregulierung keine Fortschritte erzielt.

In Neukölln will auch der Vorsitzende der Abteilung Hermannstraße den Vertrag erst genau studieren. **Erol Özkaraca** kennt aber an seiner Basis "jede Menge Leute, die nicht so begeistert sind". Die Regelung zum Mindestlohn, dieser "ursozialdemokratischen Frage", überzeuge ihn nicht. **Juso-Landeschef Kevin Kühnert** geht ebenfalls davon aus, dass die Mehrheit seiner Jungsozialisten dagegen stimmt. Die meisten Punkte der SPD stünden unter Finanzierungsvorbehalt. Die große Koalition drohe in der Europapolitik die "knallharte Austeritätspolitik" in den Euro-Krisenländern fortzusetzen.

(zit. nach Berliner Morgenpost 29.11. 2013)

* * * * *

Erklärung Marco Bülow (MdB): Warum ich gegen die Große Koalition bin



Ich habe die Koalitionsverhandlungen intensiv begleitet, den nun vorliegenden Koalitionsvertrag sehr genau durchgearbeitet und mit vielen Menschen darüber diskutiert. Keiner sollte es sich leicht machen mit seiner Entscheidung über ein Ja oder Nein zum Koalitionsvertrag und niemand sollte leichtfertig über diejenigen richten, die anders entscheiden. Argumente gibt es für und gegen eine Große Koalition. Wenn ich mir aber nicht nur die Überschriften anschau, dann überwiegen für mich deutlich die Gegenargumente. Meine endgültige Entscheidung ist nur noch durch meine Basis zu beeinflussen, die ich zu einer Wahlkreiskonferenz eingeladen habe.

Generelle Probleme der Großen Koalition

Es gibt bei mir generelle Vorbehalte, die ich gegenüber einer Großen Koalition hege und inhaltliche Gründe, die sich im Koalitionsvertrag manifestieren. Die generellen Vorbehalte beziehen sich nicht in erster Linie auf die Angst vor Einbußen der SPD. Ich befürchte dennoch, dass meine Partei ihre Mehrheitsfähigkeit sogar langfristig aufs Spiel setzt und dass es nun keine ehrliche Analyse des schlechten Wahlergebnisses gibt. Das Vertrauen, das wir in unserer letzten Regierungszeit verspielt haben, könnten wir nun dauerhaft verlieren. (...)

Problematiken des Koalitionsvertrages

Die generellen Vorbehalte allein führen nicht zu meiner Ablehnung des Koalitionsvertrages. Ich kann zwar taktisch verstehen, das Verhandlungsergebnis zu bejubeln und mir fehlt auch nicht der Respekt denen gegenüber, die in den Verhandlungen für die SPD um die Positionen gerungen haben. Mir ist klar, dass wir kein Abbild unseres Wahlprogrammes ausver-

handeln konnten. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass wir mit dem Erreichten keine ausreichende Basis für eine sozialdemokratische Prägung dieser Koalition haben, die von der Union und der Kanzlerin dominiert werden wird. Es gibt einige gute Kompromisse und einige Überschriften, die auf dem ersten Blick Hoffnung machen. Allerdings sind viele der von der SPD eingebrachten Positionen deutlich verwässert worden, stehen unter Vorbehalt, enthalten Ausnahmen oder kommen erst Jahre später.

- Es gibt 130 Prüfaufträge. Mit solchen Verabredungen hat die SPD und auch die FDP in den vorherigen Koalitionen schon schlechte Erfahrungen gemacht, weil die Union dies meistens aussitzt, ohne dass sich etwas bewegt.

- Es geht nicht nur darum was im Vertrag steht, sondern auch um das, was dort nicht enthalten ist. Viele wichtige SPD-Positionen, wie beispielsweise die Streichung des Betreuungsgeldes, wurden nicht berücksichtigt.

- Im Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung ist deutlich beschrieben, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich trotz guter Konjunkturlage in den letzten 10 Jahren deutlich vergrößert hat, dass vom Wachstum nur die oberen 10% der Bevölkerung profitiert haben. Deshalb und um einen Finanzierungsspielraum zu schaffen hat die SPD zumindest in ganz zaghafte Ansätzen damit Wahlkampf gemacht eine minimale Umverteilung vorzunehmen, die Steuern für die Wohlhabenden etwas anzuheben – und konnte sich in keinem einzigen Punkt durchsetzen.

- Da nicht nur die Steuererhöhungen ausgeschlossen wurden, sondern die Schuldenbremse strikt eingehalten werden soll, fehlt das Geld für viele Projekte, die im Vertrag vereinbart wurden. Diese können also nur durch Einsparungen und Streichungen finanziert werden. Genau diese Einsparungen werden aber viele Menschen schmerzhaft treffen und sind deshalb wohl ganz bewusst nicht benannt worden. Alle Parteien haben

so einige Wünsche durchsetzen können, aber nicht dargelegt, wie die Finanzierung aussieht. Das ist nicht nur unseriös, sondern gefährlich, weil es vor allem Bedürftige treffen wird.

Ich erkenne im Koalitionsvertrag keinen roten Faden, viele wirklich große Herausforderungen werden nicht angegangen. Es ist eine Farce, dass so viel über eine unsägliche Maut diskutiert wird, aber überfällige grundlegende Reformen z.B. der
Die gesamte Stellungnahme unter: <http://www.marco-buelow.de/neuigkeiten/meldung/artikel/2013/november/erklaerung-marco-buelow-warum-ich-gegen-die-grosse-koalition-bin.html>

Zwei-Klassen-Medizin, des Rentensystems, der Pflege und des Finanzmarktes nicht stattfinden. Die fehlgeleitete Europapolitik wird nicht angetastet, zum Freihandelsabkommen kein kritisches Wort. Die Vorstellungen zur Energiepolitik sind klar von wenigen Lobbyinteressen geleitet. Sie werden die Energiewende deutlich ausbremsen und den Bürger im Endeffekt teuer zu stehen kommen. (...)

Hilde Mattheis(MdB, Sprecherin von DL21):

„Ich sage Nein“

Persönliche Erklärung zum Koalitionsvertrag

(...) Natürlich nehme ich Argumente ernst, die auf Verbesserungen hinweisen durch eine schrittweise Einführung eines Mindestlohns bis 2017 oder die Einführung einer Doppelten Staatsbürgerschaft für alle in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kinder ausländischer Eltern. Und natürlich kann ich aus dem Satz „Wir werden darauf hinwirken, dass bestehende Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften... beendet werden.“ was Gutes lesen. Aber generelle Fragen bleiben unbeantwortet.

So gibt es keine Antwort auf die Finanzierung der geplanten Mehrausgaben. Selbst ausgewiesene Finanzexperten der Union rätseln wie die Finanzierung der geplanten Mehrausgaben aussehen soll ohne die Steuern zu erhöhen oder die Sozialkassen massiv zu plündern. Die jetzt von unserer Parteispitze vorsichtig gestreute Annahme, ohne Steuererhöhungen ginge es nicht, soll die Angst vor dem Stempel „Finanzierungsvorbehalt“ nehmen. Meines Erachtens wird damit eher die Befürchtung genährt, dass auch die CDU/CSU die für uns wichtigen vereinbarten Punkte schon vor dem Eintritt in eine Große Koalition in Frage stellt.

Es gibt keine auch noch so vorsichtige Abkehr von einer unsolidarischen und ungerechten Krisenlösungsstrategie für Europa.

Ein Kurswechsel ist nicht erkennbar, stattdessen gibt es Bekenntnisse zur Fortsetzung der

Troika-Politik und einer damit verbundenen neoliberalen Ausrichtung der nationalen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken. Dabei werden weiterhin ausschließlich die staatlichen Ausgabenseiten in den Blick genommen. Die Frage wie das denn gehe soll nach dem Deutschen Ansatz „Alle müssen Überschüsse in der Leistungsbilanz haben, dann geht es der Welt richtig gut“ wird noch nicht einmal gestellt.

Ich habe Vertrauen zu meiner Partei, ich will, dass es den Menschen durch unsere Politik besser geht, ich kämpfe für eine starke SPD. Ich komme bei der Bewertung des vorliegenden Koalitionsvertrags zu dem Schluss, dass das Risiko für die SPD in einer Großen Koalition zu hoch ist und die SPD von der bisher aufgebauten aber noch nicht ausreichenden Glaubwürdigkeit wieder verliert. Ich sage nein und bin sicher, dass jeder und jede seine/ihre Entscheidung aus großem Verantwortungsgefühl trifft.



Veröffentlicht am 02.12.2013

Quelle: <http://www.hilde-mattheis.de/index.php?nr=73822&menu=1>

Christian Nürnberger, Bundestagskandidat der SPD für den Wahlkreis Roth und Nürnberger Land .

Er gehört zu den Erstunterzeichnern eines Aufrufs „Wider die große Koalition“, der im Netz bereits mehr als 6.000 Unterschriften erhielt. (<http://www.wider-die-grosse-koalition.de/>)

Warum ich gegen die große Koalition bin

– Offener Brief an den Parteivorsitzenden der SPD (Auszüge)

Lieber Sigmar Gabriel,

(...) Dass ich mich schon jetzt einer großen Koalition widersetze, hat prinzipielle Gründe, die unabhängig vom Verhandlungsergebnis bestehen bleiben. Einer der einfachsten rührt aus einer im Wahlkampf gemachten Erfahrung: (...) Es ist völlig egal, wen man wählt, ob man überhaupt noch wählt, es ändert sich ja doch nichts.“ (...)

Ein noch größeres Problem als der Politikverdrossenheit ist der galoppierende Vertrauensverlust. Es gibt nicht nur eine wachsende Kluft zwischen arm und reich, sondern auch eine zwischen „denen da oben“ und „denen da unten“. (...) Eine große Koalition hat diesem Vertrauensschwund nichts entgegenzusetzen, sondern wird ihn weiter befördern.

Im Schwinden begriffen ist auch das Vertrauen in die Kompetenz der Politik. Seit rund zwei Jahrzehnten erleben wir, wie

die sogenannten Finanzmärkte die gewählten Politiker vor sich hertreiben und den Staaten ihre Bedingungen diktieren. Wir erleben, dass Lobbyisten regelmäßig stärker sind als Politiker, ja oft genug an den Gesetzestexten mitschreiben. Wir erleben die Ohnmacht der Politik gegenüber milliardenschweren Wirtschaftsinteressen und machen die Erfahrung: Nicht mehr wir und die gewählten Politiker bestimmen, wie hier gelebt und gearbeitet wird, sondern anonyme Mächte, Märkte, Lobbyisten, Geschäftemacher. Viele haben sich daher vor der letzten Bundestagswahl gefragt, warum sie überhaupt noch wählen sollen.

Wir erleben, dass es in den Krankenhäusern, Kitas, Schulen, bei der Polizei, der Bahn und im öffentlichen Nahverkehr eklatant an Personal mangelt, weil angeblich kein Geld vorhanden ist. Wir erleben, dass in Alten- und Pflegeheimen im Sekundentakt abgerechnet wird, während gleichzeitig von den Börsen dieser Welt im Sekundentakt Milliardensummen mehrfach um den Erdball gejagt werden, einzig zu dem Ziel, aus Geld mehr Geld zu machen, statt mit Geld Probleme zu lösen. Auf die Milliarden, die dabei verdient werden, zahlen die Gewinner kaum mehr Steuern. Aber dann, wenn die wunderbare Geldvermehrung scheitert, müssen Staaten sich verschulden, um Banken zu retten, die anschließend wieder Geld damit verdienen, dass sie gegen die Währung der überschuldeten Staaten wetten. Und die Politik findet kein Mittel, diesem Irrsinn Einhalt zu gebieten. (...)

Zu denen ungelösten nationalen Problemen kommen die ungelösten europäischen und internationalen: die flächendeckende, keine Person und keine Institution aussparende Überwachung durch Geheimdienste; die allein von privaten Gewinninteressen gesteuerte Entwicklung der Forschung, Technik und des Internet; die immer noch schwelende Euro-, Finanz- und Schuldenkrise; das Erstarken rechtsradikaler und rechtspopulistischer Parteien in fast ganz Europa, dazu Fremden- und Schwulenhass, Korruption, Menschenhandel und eine unmenschliche Behandlung von Flüchtlingen an Europas Grenzen; das Schlachten in Syrien, der ganze Nahostkonflikt; die weltweite Produktion und Konsumtion von Gütern und Dienstleistungen zu Lasten von Menschen, die unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten müssen, zu Lasten der Umwelt, des Klimas und künftiger Generationen und zu Lasten von Nutz- und Schlachttieren.

An all diesen Zuständen wird sich nichts Wesentliches ändern, wenn sich beide Volksparteien in einer Regierungskoalition im Alltag verzetteln und verschleißen. Darum möchte ich, dass die SPD jetzt mutig NEIN sagt zu einer großen Koalition, lieber in die Opposition geht, notfalls auch Neuwahlen in Kauf nimmt und sich nicht vor einer noch größeren Wahlschlappe fürchtet. (...)

Christian Nürnberger, Mainz

Veröffentlicht am 24.11.2013: <https://www.facebook.com/notes/christian-n%C3%BCrnberger/warum-ich-gegen-die-gro%C3%9Fkoalition-bin-offener-brief-an-den-parteivorsitzenden/550771141676570>

Aus der Presse

Kampf gegen diese Koalition der Ungerechtigkeit.

Malzahn, gelernter Maschinenschlosser, ist Chef des Ortsvereins Bochum-Hamme. Seit dem Morgen klingelt das Telefon bei ihm, rufen die Genossen an und teilen ihren Frust mit. Malzahn ist zwar nur in der Bezirksfraktion, er ist aber derjenige, der vor einigen Jahren das Parteiausschlussverfahren gegen Ex-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement einleitete – und seitdem eine linke Symbolfigur der SPD im Pott. „Wir hätten in die Opposition gehen sollen“ grummelt Malzahn ins Telefon. Keine der SPD-Forderungen hätte sich erfüllt, nicht beim Mindestlohn, nicht bei der Bürgerversicherung. Am grundlegenden Problem dieses Landes werde diese Koalition nichts

ändern. „Wir sind ein reiches Land, aber dennoch haben die Armen immer weniger in der Tasche.“ Was da bleibe? Der Kampf. Der Kampf gegen diese, wie er sagt, Koalition der Ungerechtigkeit.

Das, so darf man getrost annehmen, ist auch die Ausgangslage bei den Genossen im benachbarten Hessen. „Wenn ich ankomme, ist da stets erst mal diese Grundskepsis“, sagt Manfred Schaub aus der VW-Stadt Baumtal bei Kassel.

(zit. nach SZ 28.11. 13)

SPD-Mitgliederentscheid: Sieben Juso-Landesverbände gegen große Koalition

Gleich sieben Landesverbände der SPD-Nachwuchsorganisation stellen sich gegen den Koalitionsvertrag mit der Union. Parteichef Gabriel rechnet dennoch mit einer breiten Zustimmung.

Sieben Landesverbände der Jungsozialisten lehnen eine große Koalition der SPD mit der Union ab. „Der vorliegende Koalitionsvertrag zeigt, dass mit dieser Union kein Politikwechsel möglich ist. Deshalb können wir ihm nicht zustimmen“, heißt es in einem gemeinsamen Antrag für den Nürnberger Bundes-

kongress der SPD-Jugendorganisation am kommenden Wochenende. (...)

Zu den Antragstellern zählen die Juso-Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Berlin und Bremen sowie die Bezirksverbände Braunschweig, Hannover und Weser-Ems. Der Bundeskongress findet von Freitag bis Sonntag in Nürnberg statt. Am Samstag wird SPD-Chef Sigmar Gabriel als Gastredner erwartet.

Zit nach dpa, 2.12.2013

Selbst Aktiv sagt Nein zum Koalitionsvertrag

Hannover (kobinet) In einer Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft behinderter Menschen in der SPD Selbst Aktiv zur Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, SPD und CSU kommt diese zum Schluss, dass diese aus Sicht von Menschen mit Behinderungen nicht ausreichend ist. "Wir sind keine Prüfobjekte Dritter. Deshalb lehnen wir die Koalitionsvereinbarung in der gegenwärtigen Form ab", heißt es klar und deutlich.

In einem Beschluss des Bundesvorstands der Arbeitsgemeinschaft behinderter Menschen in der SPD Selbst Aktiv hat sich die Arbeitsgemeinschaft klar positioniert: "Die Koalitionsvereinbarung mag in vielen Aspekten ausgewogen sein und die unterschiedlichen Interessen von SPD und CDU einbeziehen, aus Sicht von Menschen mit Behinderungen sind die zentralen Anliegen nicht konkret beantwortet worden", erklärte Karl Finke, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft. "Deshalb sind für uns die Herausnahme der Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe, ein eigenständiges Teilhabegeld, sowie soziale Leistungen oberhalb der Pflegeversicherung, jeweils ohne Einrechnung von Einkommen und Vermögen, unabdingbar. Zentral für uns ist ebenfalls, inwieweit das Partizipationsgebot der UN-

Behindertenrechtskonvention bei dieser Koalitionsvereinbarung eingelöst wurde

oder nicht. Alle Punkte auf deren Umsetzung behinderte Menschen gehofft haben, jedoch jeweils vergebens. Wir mussten draußen bleiben. So konnten wir in den entscheidenden Phasen als Expertinnen und Experten in eigener Sache auch nicht direkt mitentscheiden", heißt es im Beschluss des Bundesvorstands der Arbeitsgemeinschaft behinderter Menschen in der SPD Selbst Aktiv. (...)

Die Anliegen behinderter Menschen sind jeweils mit Prüfaufträgen versehen. Jeder weiß, was das heißt. Die ehemalige Bundestagspräsidentin Dr. Rita Süssmuth hat auf dem Fürsorgetag des Deutschen Vereins in Leipzig ausgeführt: 'Menschen mit Behinderungen sind keine Kostenstellen auf Beinen, sie haben Anrecht auf gleichberechtigte Lebensformen' und wir ergänzen Mitentscheidungsformen", heißt es in der Erklärung zur Ablehnung des Koalitionsvertrages.

Selbst Aktiv

Veröffentlicht am Montag, 2. Dezember 2013 von Ottmar Miles-Paul

Bewertung der Koalitionsvereinbarung durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband:

27.11.13

"Obwohl alle Beteiligten die Notwendigkeit dringend notwendiger Zukunftsinvestitionen in nahezu allen Bereichen betonen, verzichtet man gleichzeitig auf die Möglichkeit, überhaupt an irgendeiner Stelle zusätzliche Steuern zu erheben. Schon am Beginn der Legislaturperiode steht damit die Ankündigung, an die Stelle der Budgethoheit des Gesetzgebers die Verwaltung des Mangels zu setzen. Nicht einmal auf eine Umverteilung von Belastungen innerhalb des Steueraufkommens bei insgesamt gleichbleibender Steuerlast konnte man sich verständigen. Trotzdem wird es zu zusätzlichen Belastungen kommen. Schon die unmittelbar festgeschriebenen Ziele führen zu Mehrausga-

ben, die das Volumen an zur Verfügung stehenden Finanzmitteln deutlich übersteigen. In der Folge werden bestehende Rücklagen mindestens teilweise aufgebraucht und die Sozialversicherungsabgaben erheblich erhöht werden. Das ist die denkbar ungerechteste Form der Finanzierung, weil sie gerade Geringverdiener überproportional belastet, während gerade einkommensstarke Personengruppen durch Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen weitgehend davor geschützt sind, einen größeren Anteil der Finanzierungsverantwortung zu übernehmen."

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

"Verbände kommen zu unterschiedlichen Urteilen" deutet heute das Magazin "Wohlfahrt intern" die Stellungnahmen der Wohlfahrtsverbände zum Koalitionsvertrag. Das gibt ein falsches Bild. "Weitgehende Einigkeit unter den Verbänden"

hätte die Überschrift lauten müssen, da lediglich die Diakonie in ihrer PM klare lobende Worte fand. Caritas, AWO und Parität sind dagegen alles andere als zufrieden.

Auch im Willy-Brandt-Haus, dem Sitz des SPD-Parteivorstandes, herrscht eine große Unzufriedenheit gegenüber einer möglichen Regierungszusammenarbeit der SPD mit den beiden Unionsparteien vor. So erreichen täglich zahlreiche Anrufe, Emails und Briefe von SPD-Mitgliedern die Parteizentrale, die allesamt davor warnen, eine Große Koalition einzugehen. Die Gründe scheinen mannigfaltig zu sein; der Grundtenor ist aber immer der gleiche: Durch eine Zusammenarbeit mit den Konservativen würde die Sozialdemokratie nicht nur zum Steigbügelhalter von Angela Merkel werden; sie würde auch endgültig ihr Profil als Verfechterin der sozialen Gerechtigkeit verlieren. Das Kuriose an der Sache besteht tatsächlich darin, dass diese Stimmungslage keinerlei Entsprechung in den SPD-Medienorganen findet.